

Antrag B15



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

zur 11. Landesdelegiertenversammlung

Antragsteller:
MIT KV Wesel

PKM – Reformentwurf der Berufsgenossenschaften (BG´s)

Die MIT fordert den Gesetzgeber auf, den Reformentwurf der BG´s dahingehend zu ändern, dass der Arbeitgeber keine Schwarzarbeit versichert und damit indirekt finanzieren muss

Begründung:

Anstelle der versicherten Arbeitnehmer werden die BG´s allein durch die Arbeitgeber über deren Zwangsbeiträge finanziert. Derzeit werden Vorschläge zur Reform der Berufsgenossenschaften zusammen getragen. Hierzu hat der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) die Bund-Länder-Eckpunkte vorgelegt, u. a. mit der Forderung: „Keine Aufhebung des bestehenden Unfallversicherungsschutzes bei Schwarzarbeit.“

Dieser Skandal, dass die Arbeitgeber gezwungen sind, illegale Schwarzarbeiter zu versichern, muss dringend abgeschafft werden und nicht wie vom PKM gefordert beibehalten werden.

Wir bitten insbesondere um Mitteilung, warum der PKM den Unfallversicherungsschutz für Schwarzarbeiter beibehalten will. Nachbarländer wie NL regeln dies beispielhaft anders!

Votum der Antragskommission: Annahme